

ANFRAGE von Martin Huber (FDP, Neftenbach), Urs Wegmann (SVP, Neftenbach) und Christina Zurfluh Fraefel (SVP Wädenswil)

Betreffend Gerechte Zuteilung von Schutzsuchenden an die Gemeinden

Die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden stellt alle Beteiligten vor grosse Herausforderungen. Die Gemeinden sind es letztendlich, welche die Unterbringung, Betreuung und Integration zu bewältigen haben. Sie müssen eine definierte Quote erfüllen und erhalten Asylsuchende zugeteilt ohne jegliches Mitspracherecht. Die Gemeinden fühlen sich mit den grossen Herausforderungen immer öfters alleine gelassen. Insbesondere dann, wenn sie mit besonders schwierigen Fällen konfrontiert sind, welche immer wieder vorkommen: Grosse Familien von Analphabeten, die noch nie in einer Wohnung gelebt haben, Suchtkranke, stark traumatisierte und renitente Personen mit unangemessenen Erwartungshaltungen. Es geht dabei immer um Menschen. Nicht nur auf der Seite der Schutzsuchenden, sondern massgeblich auch auf der Seite jener, welche in den Gemeinden die schwierigen Aufgaben zu bewältigen haben. Es kommt immer wieder vor, dass eine einzelne Person oder eine Familie den Grossteil der Ressourcen in Form von Zeit, Wohlwollen, Energie und Nerven beansprucht, zu Ungunsten aller anderen, welche ebenfalls Unterstützung benötigen würden. Gerade in kleineren Gemeinden kann ein einziger schwieriger Fall das ganze System an die Grenzen bringen. In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Nach welchen Kriterien werden die Schutzsuchenden heute an die Gemeinden verteilt?
2. Wie werden diese Kriterien gewichtet?
3. Wie kann es dazu kommen, dass eine Gemeinde, welche freiwillig beim Migrationsamt zwei freie Wohnungen für Familien meldet, umgehend zwei höchst problematische Familien zugeteilt erhält?
4. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, anhand eines Punktesystems für besonders anspruchsvolle Fälle die Quote bei Höchstpunktzahlen bei einer Gemeinde zu senken und bei geringer Punktzahl zu erhöhen? So könnte der Aufwand der Gemeinden besser geglättet respektive gerechter verteilt werden.

Martin Huber
Urs Wegmann
Christina Zurfluh Fraefel